Deutscher Bundestag — **Drucksache 18/10285**
18. Wahlperiode — 09.11.2016

Bericht
des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung

– Drucksachen 18/9981, 18/10284 –

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes

Bericht der Abgeordneten Norbert Brackmann, Bettina Hagedorn, Roland Claus und Sven-Christian Kindler

Auf Grundlage des Regionalisierungsgesetzes (RegG) erhalten die Länder für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) einen Anteil aus dem Steueraufkommen des Bundes, der insbesondere zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) zu verwenden ist.

Mit dem Gesetzentwurf soll eine verlässliche finanzielle Unterstützung der Länder weiterhin sichergestellt werden, damit diese ihren Aufgaben im Bereich des ÖPNV auch in Zukunft nachkommen können.

Die finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf die öffentlichen Haushalte stellen sich wie folgt dar:

Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Haushaltsausgaben des Bundes

Für den Bund ergibt sich für die Jahre 2016 bis 2031 eine Haushaltsbelastung durch Mindereinnahmen in folgender Höhe:

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Betrag in Mio. Euro	200,0	203,6	207,3	211,0	214,8	218,7	222,6	226,6

Jahr	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	**Summe**
Betrag in Mio. Euro	230,7	234,8	239,1	243,4	247,7	252,2	256,7	261,4	**3.670,5**

Haushaltsausgaben der Länder

Für die Länder ergibt sich für die Jahre 2016 bis 2031 eine Haushaltsentlastung durch Mehreinnahmen in folgender Höhe:

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Betrag in Mio. Euro	200,0	203,6	207,3	211,0	214,8	218,7	222,6	226,6

Jahr	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	**Summe**
Betrag in Mio. Euro	230,7	234,8	239,1	243,4	247,7	252,2	256,7	261,4	**3.670,5**

Haushaltsausgaben der Kommunen
Keine.

Erfüllungsaufwand
Keiner.

Weitere Kosten
Keine.

Der Haushaltsausschuss hält den Gesetzentwurf einvernehmlich für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.
Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 9. November 2016
Der Haushaltsausschuss

Dr. Gesine Lötzsch Vorsitzende	Norbert Brackmann Berichterstatter	Bettina Hagedorn Berichterstatterin
	Roland Claus Berichterstatter	Sven-Christian Kindler Berichterstatter